

unvollständig

Fondation Jean Monnet pour l'Europe

Interview mit Herrn Dr. Hellwig

am 24. November 1983 in Bonn

Interviewer: Dr. Hanns Jürgen Küsters

Protokoll des Interviews mit Herrn Dr. Fritz Hellwig,
das Herr Dr. Hanns Jürgen Küsters am 24. November 1983
in Bonn führte.

Biographische Angaben zu Dr. Fritz Hellwig:

Geboren am 3. August 1912 in Saarbrücken,
Vater Friedrich Hellwig,
Mutter Albertine Hellwig geb. Christmann,
evangelisch, verheiratet seit 1939 mit Dr. Margarete Werners
3 Kinder.

Nach dem Studium der Philosophie Volkswirtschaft,
Geschichte und Staatenkunde an den Universitäten
Marburg, Wien und Berlin, Promotion 1933, Habilitation
1936 in Heidelberg.

1933 - 1939 Mitglied der Geschäftsführung der Industrie-
und Handelskammer Saarbrücken, Leiter des Saar-Wirt-
schafts-Archivs.

1940 - 1943 Geschäftsführer bezirklicher Organisationen
der Eisenhütten-Industrie in Düsseldorf und Saarbrücken,
1943 - 1947 Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft,
dann Wirtschaftsberater.

1951 - 1959 Leiter des Deutschen Industrieinstituts Köln.
Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und Vorstandsmitglied
des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik.

1953 - 1959 Mitglied des Deutschen Bundestages.

1956 - 1959 Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.

1959 - 1967 Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen
Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Luxemburg.

1967 - 1970 Vizepräsident der Kommission der Europäischen
Gemeinschaft^{en} in Brüssel.

1971 - 1973 geschäftsführendes Präsidialmitglied des
Verbandes Deutscher Reeder, Hamburg.

Dr. Küsters: "Herzlichen Dank, daß Sie mich als Beauftragten der Fondation Jean Monnet in Lausanne hier zu einem Gespräch über das politische Denken und Wirken Jean Monnets empfangen. Vielleicht beginnen wir unser Gespräch mit der Schilderung, wie Sie Monnet das erste Mal persönlich sahen."

Dr. Hellwig: "Ich weiß nicht, ob es sich sehr lohnt, alles aufzunehmen, was ich hier erzählen könnte. Meine erste persönliche Begegnung mit Jean Monnet hat stattgefunden, nachdem ich schon Mitglied der Hohen Behörde der EGKS geworden war, im September 1959. Er genoß im Kreis der Kollegen, die zum Teil noch unter seiner Präsidentschaft in der Hohen Behörde gearbeitet hatten, wie Coppé und Spierenburg, ein beinahe legendäres Ansehen. Er war die Vaterfigur, wenn ich es einmal so ausdrücken soll, für die damals noch sehr temperamentvollen Rennpferde, die sich in diesem Gestüt tummelten. Er hatte gelegentlich auch mit Briefen oder Gesprächen für die gesamte Entwicklung sich in diesem Kreis geäußert. Ich muß aber sagen, daß ich persönlich dabei nicht viele Berührungsmöglichkeiten hatte; es beschränkte sich auf kurze Begrüßungen, wenn man sich beim Empfang oder irgendwo sah, denn dafür hatte ich zu wenig von seiner Tätigkeit als Präsident bei der Hohen Behörde erlebt. Das wurde etwas anders, später, als ich in Brüssel war und mit der Zuständigkeit für die gesamte Gemeinschaftseinrichtung auf dem Gebiete von Forschung, Technologie usw. nun ein neues Arbeitsfeld hatte, was ihn außerordentlich interessierte. Ich habe ihn in dieser Zeit, die Daten kann ich so nicht mehr einfach rekonstruieren, aber mehrfach in seiner Wohnung in Paris besucht auf seinen Wunsch, weil er immer wieder einen Lagebericht über den Fortgang in der Entwicklung der Gemeinschaftsprogramme, der Entwicklung von Euratom haben wollte. Es geht ja übrigens aus seinen Memoiren hervor, was mir später dann auch dieses Interesse erklärt hat, daß er in der Phase der Aushandlung der Verträge von Rom weit mehr Wert auf den Vertrag der Euratomgemeinschaft legte als auf den Gemeinsamen Markt. Er hat ganz deutlich gesagt: 'Innerhalb

der Europäischen Atomgemeinschaft gemeinsam die Atomenergie entwickeln, das ist etwas Konkretes, da können sich die Franzosen etwas darunter vorstellen, unter der Idee einer Wirtschaftsgemeinschaft, das ist für sie zu nebulös'. Und so deutlich war das auch bei ihm zu spüren, was ihn veranlaßte, mich mehrfach zu bitten, ihn in Paris aufzusuchen und ihn zu unterrichten über unsere Bemühungen, die gemeinsame Forschungspolitik in Gang zu bringen. Das lag auch - glaube ich - in den Vorstellungen, die er selbst mit Euratom ursprünglich verbunden hatte, daß es nicht beschränkt sein sollte auf die Entwicklung der Kernenergie, denn da war die technologische und die ökonomische Entwicklung schon über die ursprünglichen Ansätze von Euratom hinausgegangen, sondern von dort aus die technologische Zusammenarbeit auch in den anderen großen Forschungsbereichen zu entwickeln, also über den Vertrag hinaus die technologische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Industrieprojekte zu entwickeln. Die Dinge, die wir dann 1967/68/69 in das neue Fünfjahresprogramm packten mit dem Ziel, auch die Forschungseinrichtungen mehr auf den Weg des Service Public umzustellen und Vorarbeiten zu leisten für die technologischen Grundlagen der modernen Industrien. Ich habe es öfters verglichen mit der Physikalisch-technischen Reichsanstalt, die im zweiten Deutschen Reich auf Anregung von Siemens entstanden ist, um die deutsche Kleinstaaterei auf dem Gebiete der technischen Verwendungsvorschriften, der Maße, der Gewichte usw. zu überwinden und eine reichseinheitliche Grundlage der technisch-industriellen Normung zu entwickeln. Ein solches Modell schwebte uns vor, aus Ispra, als der größten Anstalt, etwas in dieser Richtung zu machen. Leider ist das, ich kann mal einflechten, nicht sehr viel weitergegangen, ist über das europäische Referenzbüro, das die Materialforschung, die Werkstoffforschung, Werkstoffbeschreibung usw. entwickelt, nicht wesentlich hinausgegangen.

Wohl war aber schon von Euratom der Weg eingeschlagen worden, zu einer gemeinsamen Messtechnik und technischen Nomenklatur usw. zu kommen mit einem der Forschungszentren

in Geel.

Es beleuchtet jedenfalls sein außerordentliches Interesse daran, mit konkreten Aufgabenstellungen, wo es einfach nach der Zusammenarbeit rief, weiterzumachen und sich auch durch den Fehlschlag der eigenen Reaktortechnologie, die Euratom ursprünglich versuchte, nicht verdrießen zu lassen.

Sehr eindrucksvoll ist für mich noch der Besuch am Vorabend seines 80. Geburtstages. Ich konnte nicht an dem Tage des 80. Geburtstages wegen eines anderen Termines mit den Kollegen, die zur Gratulation führen, mitreisen und habe dann vorher bei ihm anfragen lassen, ob ein Besuch am Vorabend erwünscht wäre. Das hatte er gern akzeptiert, und das war äußerst eindrucksvoll: seine geistige Beweglichkeit und Lebendigkeit, mit der er Fragen stellte, und wie er auch informiert war.

Eine ganz andere Begegnung mit ihm, die aber nicht weniger eindrucksvoll war: Ich kam an irgendeinem Abend auf dem Bahnhof in Bonn an, es war ein ziemlich kühler nebliger Tag, und ich mußte einen Nachtzug nehmen - ich glaube nach Paris -, und an der damals noch bestehenden Fahrkartensperre kommt aus dem Bahnsteig ein Mann im alten grünen Lodenmantel mit seinem runden Hut: Jean Monnet. Er trug ein kleines abgetragenes Kofferchen in der Hand. Nach einer herzlichen Begrüßung im Bahnhof in Bonn fragte ich ihn: 'Was führt Sie nach Bonn?' Er sagte mit seinem verschmitzten Lächeln: 'Ich muß ab und zu mal kommen und nachsehen, ob meine Leute auch fleißig sind.' "

Dr. Küsters: "Wer waren seine Gesprächspartner hier in Bonn?"

Dr. Hellwig: "Das hat er mir nicht gesagt. Ich nehme an, das betraf das Komitee Jean Monnet, und daß er im Zusammenhang mit dem Komitee eine Tagung vorbereitete."

Dr. Küsters: "Vielleicht können wir bei der Person Jean Monnets noch verweilen? Was war er eigentlich für ein Mensch?"

Dr. Hellwig: "Das Erstaunlichste an Jean Monnet war, was

mich immer wieder faszinierte, wie ein Mensch in diesem hierarchisch verkrusteten System der französischen Oligarchien seinen Weg gemacht hat. Als Außenseiter ohne irgendeine der Voraussetzungen zu haben, die man in Frankreich brauchte, um etwas zu werden. Das ist für mich eigentlich das Faszinierende an der Persönlichkeit."

Dr. Küsters: "Und wie erklären Sie sich das?"

Dr. Hellwig: "Ich kann mir es nur erklären, daß er eine ungewöhnliche persönliche Ausstrahlung hatte, die faszinieren konnte, die mitreißen konnte, die überzeugen konnte, und daß er davon einen sehr disziplinierten, ich möchte sagen, einen gut kalkulierten Gebrauch machte. Er hat um diese seine Fähigkeit mit Sicherheit gewußt - das findet man in einigen Stellen seiner Erinnerungen -, aber er hat sie nicht beliebig eingesetzt. Er hat diese Fähigkeit kontrolliert eingesetzt, weswegen er auch etwas Zusätzliches damit ausstrahlte, nämlich ein Vertrauen. Man hatte das Gefühl bei ihm, daß kein demagogischer Mißbrauch von der von ihm ausgehenden Faszination gemacht wurde. Das ist die ganz merkwürdige Mischung, die eigentlich im Grunde genommen nur begnadeten Menschen gegeben ist. Es gibt viele Leute, die unglaubliche Faszination und Ausstrahlung haben, denen fehlt es aber häufig an der nötigen Selbstkorrektur, das nicht zu mißbrauchen. Wenn man das ein- oder zweimal mißbraucht hat, ist das Vertrauen auf der anderen Seite weg, und dann sagt man, er brilliert, das ist ein Glänzer, der reißt mit, aber was bleibt denn danach?"

Dr. Küsters: "Seine Stärken haben Sie beschrieben. Wo würden Sie denn seine Schwächen sehen?"

Dr. Hellwig: "Ich glaube, daß gewisse Schwächen bei ihm zweifellos darin bestanden, daß die richtige Einschätzung der Gegenkräfte und der Gegenspieler, der Konstellationen nicht immer gegeben war. Und da sind gewisse Fehlschläge, die auch in seiner Tätigkeit als Finanzberater waren. Auch da gehört es zur rechtzeitigen Einschätzung sich abzeichnender Tendenzen und Bewegungen, und das gilt wohl

auch für sein Verhältnis zu eben jenen beherrschenden Kräften in Frankreich, für die er der krasse Außenseiter war. Ich glaube, daß er in seinem späteren Leben, insbesondere seit der Mitte der fünfziger Jahre, die Macht der französischen Bürokratie unterschätzt hatte. Eine Folge, die sich sehr leicht erklärt durch die Erfolge, die er in den ersten Jahren gegenüber dieser Bürokratie hatte, aber wir vergessen ganz - das gilt für uns alle -, daß dieser Integrationsprozeß in Gang gesetzt worden ist in einer Sternstunde des politischen Wiederaufbaus in allen unseren Ländern, in einer Situation, in der in allen Ländern die existenten Bürokratien geschwächt waren, sei es, daß sie kompromittiert waren durch Systemanhänglichkeit, durch Systemtreue, sei es, daß sie echt dezimiert waren durch Krieg, Nachkriegserscheinungen usw. In dieser Phase, die überall in den beteiligten Ländern zu beobachten war, die Schwäche der nationalen Bürokratie, diese Sternstunde ist damals als erstes von Jean Monnet genutzt worden. In Deutschland ist sie von Ludwig Erhard genutzt worden.

Heute wären solche Aktionen, mit einem Federstrich gewisse Dinge hinzustellen, nicht mehr möglich. Aber dieser Erfolg hat, wie gesagt, gegenüber der französischen Bürokratie - man braucht ja nur in seinem Buch nachzulesen, was er über die Amtsstuben da sagt -, ihm etwas den Blick verstellt oder ihn nicht in voller Schärfe erkennen lassen, welche Macht inzwischen wieder in der Bürokratie entstanden war."

Dr. Küsters: "Wie würden Sie sein Europa- und Integrationskonzept kennzeichnen? War es sinnvoll zur damaligen Zeit, den Weg der sogenannten Sektorintegration zunächst anzugehen, oder wäre es vielleicht damals sinnvoller gewesen, wie auch Kritiker in den fünfziger Jahren immer wieder betont haben, den Weg der gesamtwirtschaftlichen Integration einzuschlagen?"

Dr. Hellwig: "Ich glaube, aus der historischen Situation heraus sollte man doch zu dem Ergebnis kommen, die Sektorintegration lag näher als die andere. Denn, überlegen Sie, die gesamtwirtschaftliche Integration - ich will es be-

scheidener ausdrücken -, die Überwindung der gesamtwirtschaftlichen Desintegration war auf einem anderen und weitergespannten Feld schon in Gang und zeigte ja auch ihre nicht unbedeutenden ersten Erfolge - die Wiederherstellung des Außenhandels, der Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen, die Liberalisierung des Außenhandels, die Liberalisierung des Zahlungsverkehrs, die Wiederherstellung eines multinationalen Zahlungsverkehrs mit dem System von Bretton Woods, der gegenseitige Währungsbeistand in der europäischen Zahlungsunion usw. -, dieser Integrationsprozeß, der zunächst also die negative Integration darstellte, d. h. die Überwindung der Desintegration, war in vollem Gange. Die Antwort des Monnet-Plans, also Monnet/Schuman-Plan, war nicht eine Antwort auf zu langsame oder zu ungenügende Fortschritte auf dem Wege, den OEEC erzielte, sondern war eine Antwort auf einem Sektor, der wegen der politischen Hypotheken, die auf ihm lasteten, ein Fremdkörper in dem gesamtwirtschaftlichen Integrationsvorgang zu werden drohte. Das muß man sehen, das Thema Ruhrkontrolle, Saarkontrolle, usw... hier war ein Fremdkörper, der wie ein erratischer Block aus der Kompetenz zumindest eines wesentlichen Partners, nämlich der Bundesrepublik, herausgenommen war und daher natürlich auch nicht dem gesamtwirtschaftlichen Integrationsprozeß unterlag. Ich erinnere mich sehr deutlich: Als wir 1950/51 den Vorschlag, den Robert Schuman-Plan durcharbeiteten und durchrechneten, daß wir zunächst auch eine Rechnung gemacht haben, wie sieht denn der Kohle- und Eisenverkehr oder Erz- und Eisenverkehr in diesem geplanten Gebilde devisenwirtschaftlich aus. Kann er überhaupt befreit werden und in den gesamtwirtschaftlichen Liberalisierungsprozeß eingebracht werden?"

Dr. Küsters: "Welche Ziele hatte Monnet in dieser Phase Ihrer Ansicht nach verfolgt?"

Dr. Hellwig: "Es sind zweifellos zwei Ziele. Wobei das zweite Ziel wesentlich stärker natürlich die Handschrift Schumans trägt, wenn auch nicht der Plan als solcher,

aber doch der politische Zeitpunkt und die Proklamation in diesem Zeitpunkt und in dieser Art. Es waren zweifellos zwei Überlegungen für Monnet. Das Problem der Gefahr, daß hier Kohle und Stahl wegen der politischen Hypothek, die ja praktisch den einen Partner betraf, aber natürlich auch den davon abhängig anderen Partner; denn die Ruhrkontrolle, die Ruhrkohlenverteilung usw. und Frankreichs Sorge um Kohle, für Frankreich außerdem den stark dimensionierten Ausbau der französischen Stahlindustrie, für die ein Markt gesucht werden mußte - zu diesem Zeitpunkt, es war vor dem Koreakrieg -, und der großen internationalen Stahlnachfrage. Die Leute saßen bei der Stahlkommission in Genf, bei der ECE; Rollmann, der spätere Generaldirektor, war Stahlexperte für Monnet. Er kam von der Stahlkommission der ECE in Genf, dort wurden jedes Jahr große Untersuchungen gemacht, ob die Stahlkapazitäten und die Rohstoffkapazitäten in allen beteiligten Ländern überhaupt für den Stahlbedarf im Wiederaufbau ausreichten. Da kam plötzlich die amerikanische Anfrage: wo bleibt der europäische Stahl? Die internationale Stahlnachfrage ging sprunghaft in die Höhe. Da wußte Monnet sehr deutlich, daß man ohne die deutsche Kapazität nicht auskommen würde, daß aber die deutsche Kapazität natürlich das Problem des Besatzungsrechtes war mit der besatzungsrechtlichen Produktionsbeschränkung für Stahl und einer vom Markte losgelösten Verteiler- und Preispolitik der Ruhrkohlenbehörde, der internationalen Ruhrbehörde. Hier hat Monnet aufgegriffen auch die Vorschläge, die von deutscher Seite gemacht worden waren, ein Punkt, der nach meinem Eindruck bisher bei der Beschränkung auf die Wurzeln des Monnet-Planes bisher nicht richtig erforscht ist.

Ich kann hier mal einschalten: Wir hatten im Januar vor einem Jahr, es ist bald 2 Jahre her, in Luxemburg dieses erste Kolloquium. Da hat es eine ganz interessante Diskussion gegeben, indem Etienne Hirsch - damals noch in dem Kabinett von Monnet - sagte, die große Idee kam von Monnet, er hat gesehen: Wir brauchen Kohle, wir haben Stahlkapazitäten, wie kommen wir dahin, das von der poli-

tischen Hypothek zu befreien? Und da wurde die Frage gestellt, ob Monnet zu dieser Zeit auch Verbindungen zu anderen, also außerfranzösischen Kreisen, gehabt hätte, die auch Überlegungen in dieser Richtung anstellten. Wir dachten auf deutscher Seite an den sogenannten Arnold-Plan. Es lag natürlich nahe, daß wir auf deutscher Seite eine ganze Reihe von Plänen dieser Art entworfen haben, um aus der einseitigen besatzungsrechtlichen Konstruktion herauszukommen. Ich selbst habe damals auf Veranlassung vom Friedensbüro in Stuttgart mit Theo Kordt zusammengearbeitet, der der außenpolitische Berater bei Arnold war. Wir haben eine amerikanische Denkschrift über die Saarfrage übersetzt und publiziert und den Plan für eine internationale Kontrollbehörde der Kohle und Stahl als Anhang dabei mit veröffentlicht. Ich nehme an, daß dieses Dokument - es ist eine Druckschrift - noch greifbar ist. Ich habe also die Frage an Herrn Hirsch gestellt, welche Kenntnis hatten Monnet oder das Büro Monnet von Überlegungen bei anderen? Hatte er insbesondere Vorstellungen darüber, daß ein solches Projekt eine günstige oder eine schlechte Reaktion bei den Beteiligten, um die es ja schließlich ging, finden würde? Er sagte: 'Nein, wir haben keine Kenntnis davon gehabt. Monnet hatte keine persönlichen Beziehungen zu deutschen Industriellen, und er konnte im übrigen auch nicht deutsch, das spielte bei uns keine Rolle.' Da hat Reuter gesagt, er müsse doch aus seiner Erinnerung hier etwas korrigieren. Er sei einmal in seinem Büro gewesen, und da wäre Monnet hereingekommen und hätte ihm Zeitungsausschnitte, die von irgendeiner seiner Dienststellen gesammelt wurde, gebracht und darauf seien blau angestrichen gewesen Äußerungen in der deutschen Industrie für eine Internationalisierung von der einen oder anderen Seite: 'Sehen Sie, sehen Sie, die sind auch dafür.' Wir haben das in Luxemburg nicht mehr weiter vertieft, aber es wurde deutlich.

Später bin ich dann an meine Akten herangegangen und habe mir auch einiges herausgesucht, soweit ich das relativ schnell greifen konnte. Hier sind einige Aufzeichnungen,

die ich damals für unseren kleinen Freundeskreis, der sich in Duisburg kristallisiert hatte um Günther Henle, Kuhnke, Etzel usw. Henle nahm teil an zwei Veranstaltungen in Bernkastel. 'Der Wirtschaftsausschuß des deutschen Rats der europäischen Bewegung,' die ein gemeinsames Gespräch mit der französischen Seite hatten. Sie können es auch bei Carlo Schmid irgendwo nachlesen. Es gibt auch noch andere Aufzeichnungen von Beteiligten. Da ist mir jetzt nachträglich aufgefallen: Nach dem Gespräch im November 1949, es war in Bernkastel am 26./27. Nov. 1949, war ein französischer Teilnehmer namens Hytte, der Herausgeber einer Zeitschrift war zu der Zeit und der von Henle dann einen Aufsatz über die dort von der deutschen Delegation vorgetragenen Sachen haben wollte. Henle hat mir damals seine Notizen gegeben und hat mich dann gebeten, ihm einen solchen Aufsatzentwurf zur Verfügung zu stellen. Das war dieser: Deutsche Volkswirtschaft im europäischen Verband vom 5. Dezember 1949. Das war die Materialsammlung für die deutschen Herren in Bernkastel, die sie mitbekommen hatten."

Dr. Küsters: "Die Ziele, die hier definiert sind: Nutzbarmachung der deutschen, vor allem der rheinisch-westfälischen Industriekapazität für den gemeinsamen westeuropäischen Wiederaufbau, Befriedigung der französischen Sicherheitswünsche, Aufbau und Entwicklung unter Konkurrenzgesichtspunkten, zweckvoller Einsatz der amerikanischen Europahilfe, größere Wirtschaftlichkeit der Wechselbeziehung, ich glaube, daß das die zentralen Momente überhaupt waren in der damaligen Diskussion, für die es entsprechende Lösungen zu erarbeiten galt."

Dr. Hellwig: "Ich nenne deswegen auch den Namen von Herrn Hytte, der irgendwo in den Monnetschen Memoiren für diese Zeit erwähnt wird mit besonderem Lob, d. h. in irgendeiner Weise im Monnetschen Sinne agierte. Der Name ist auch bei Carlo Schmid zu finden. Leider habe ich keine Unterlage, daß ich nichts dazu sagen kann, was aus diesem Aufsatzentwurf geworden ist. Er ist jedenfalls nach Frankreich gegangen. Ich kann aber nicht sagen, wann und wie und wo

er erschienen ist. Aber die Zeitschrift, die Herr Hytte damals gemacht hat, die sollte erreichbar sein."

Dr. Küsters: "Aber als Ergebnis kann man doch festhalten, daß es zumindest Kenntnis auf französischer Seite über die deutschen industriellen Probleme gegeben hat. Der Schuman-Plan stellte also ein Konzept, das nicht nur die Deutschen, sondern letzten Endes auch die französischen Interessen befriedigte."

Dr. Hellwig: "Damit komme ich zu dem zweiten Punkt. Im ersten Punkt haben wir bisher die ökonomische Betrachtung von Monnet erörtert, die natürlich auch ihre politische und institutionelle Seite hatte. Die politische Betrachtung war die, Frankreichs Außenpolitik drohte in eine Sackgasse zu kommen. In dem Verhältnis zu den beiden anderen Besatzungsmächten waren sie bei der Ruhr praktisch der Juniorpartner, der nicht viel zu sagen hatte. Die Kohle- und Stahlkontrolle war eine britische und dann eine britisch-amerikanische Angelegenheit und in der internationalen Ruhrbehörde, die dann das Parkett für die Franzosen eröffnete, waren sie unter anderen zwar Hauptabnehmer, aber doch minderen Gewichtes. Die Zukunft der deutschen Kohle- und Stahlwirtschaft wurde von englischer Seite anders gesehen als von französischer. Die Engländer, Labour-Regierung usw. wollten eine Vorstufe der Nationalisierung, und die Franzosen sagten: 'Eine Nationalisierung kommt überhaupt nicht in Frage. Wenn also die Macht der Ruhrkohle und der deutschen Stahlkonkurrenz auch noch verbunden wird mit der Macht eines Staatsbetriebes, dann sind wir ja völlig im Hintertreffen, das lehnen wir in jedem Fall ab.' Die Amerikaner waren für die Wiederherstellung der Konkurrenz, Dekartellierung war ihr Hauptthema. Das alles führte dazu, daß die Franzosen sich irgendwie gegenüber dem, was bei den beiden anderen Alliierten an der Ruhr an Absichten bestand, unglücklich fühlten. Wenn man dann das ganze Ergebnis sieht, zur gleichen Zeit noch die Schuldenverhandlungen in London, wo es zu einem nicht unerheblichen Zusammenstoß zwischen einem Franzosen und Abs gekommen war, dann sieht man, daß die Franzosen irgendwie

eine Kurskorrektur vornehmen mußten. Sie haben offensichtlich die alte politische Regel sehr befolgt: Wenn ich nicht stark genug bin, etwas zu verhindern, dann soll ich meine Mitwirkung so teuer wie möglich verkaufen. Genau das ist mit dem Schuman-Plan gelungen. Das Ergebnis des Schuman-Plans war, daß in kürzester Zeit die Engländer ausmanövriert waren."

Dr. Küsters: "Aber sie hatten sich selbst ausmanövriert?"

Dr. Hellwig: "Ja, sie hatten sich selbst ausmanövriert. Da ist schon das erste Gespräch von Monnet auf dem Petersberg mit dem amerikanischen oder dem englischen Oberkommissar... Der englische Oberkommissar sagte: 'Geht überhaupt nicht. Die neue Bundesregierung soll hier mit euch verhandeln? - kommt ja gar nicht in Frage. Sie hat keine Legitimation, das geht uns an.' Der Amerikaner schob den englischen Einspruch einfach beiseite. Monnet sagte: 'Wenn das Ihre Absicht ist, dann ist die Sache tot.' "

Dr. Küsters: "Monnet hat ja in dieser Phase insbesondere auf McCloy gesetzt, der Anfang März 1951 die entscheidenden Kompromisse mit der Bundesregierung wie auch mit der deutschen Wirtschaft aushandelte."⁶⁰

Dr. Hellwig: "Dann kommt weiter für Robert Schuman hinzu die Entwicklung, die die französische Position an der Saar nahm. Am 13. Jan. 1950 war Schuman zum ersten Besuch bei Adenauer und hat bei Adenauer dann erfahren müssen, daß dieser in puncto Saarfrage sehr zurückhaltend war. Adenauer war äußerst vorsichtig, und Schuman war etwas betroffen über die Kühle, mit der Adenauer sich in der Saarfrage äußerte. Es kamen die saarländisch-französischen Konventionen im März. Die Bundesregierung legte einen Bericht dem Bundestag vor, wie sie die Dinge beurteilte. Hier wurde deutlich, daß mit der Saarfrage die Franzosen sich in ein politisches Abenteuer eingelassen hatten, dessen Ende sie noch nicht übersehen konnten. Es mehrten sich auch die Stimmen der französischen Fachleute an der Saar, insbesondere des Zwangsverwalters der Stahlwerke, der dem Arbeitgeberverband der Stahlindustrie deutlich sagte: 'Ein Zollabschluß

der Saar als Glied des französischen Zollgebietes gegenüber dem beginnenden deutschen Wirtschaftsgebiet, das ist die Lebensfrage für die Saarlütten. Wir müssen den Zugang zu gleichen Bedingungen auf dem deutschen Markt haben wie auf dem französischen Markt.' Hier wurde in nuce schon etwas von diesen Ideen auch von der Front, in dem Fall an der Saar, der französischen Seite berichtet. Aus allem kam also doch die politische Situation, übrigens sehr schön nachzulesen bei Poidevin und seinen Arbeiten über Robert Schuman, es zeigte sich hier..., daß das Konzept Monnet, eine Kurskorrektur erlaubte, ohne daß Frankreich irgendwie das Gesicht verlor."

Dr. Küsters: "Wie würden Sie in dieser Phase Monnets Absichten einschätzen? Wollte er schon in dieser Phase die Vereinigten Staaten von Europa schaffen, mit anderen Worten: Wie würden Sie die Entwicklung seines Europakonzeptes beurteilen?"

Dr. Hellwig: "Ich glaube, daß man das nicht schon in die Überlegungen von 1950 projizieren kann, was er ab 1955 zu seinem Programm machte. Er war viel zu konkret und viel zu realistisch, und er wußte ganz genau und daher auch die Formulierung: nicht in einem Akt, nicht in einer großen Schöpfung, sondern mit konkreten Lösungen, konkreten Schritten für konkrete Fragen. Und das schwierigste Hindernis war, nach seiner Meinung eben, auch nach unserer Meinung, von der Montanwirtschaft besteht die Gefahr, daß hier ein Fremdkörper in den Liberalisierungs- und Integrationsprozeß hineinkommt..."

Dr. Küsters: "Monnet hatte eine gewisse Neigung, für bestehende Probleme Gremien, Institutionen zu schaffen, die sich dann mit den Problemen befassen sollten in der Annahme, dort werden dann Lösungen erarbeitet. Ich würde es als eine technokratische Denkweise bezeichnen. Stand eine solche technokratische Denkweise nicht den gemeinpolitischen Strömungen im Wege? Ich spiele auf das Spannungsverhältnis zwischen der Politik der Hohen Behörde auf der einen und politischer Entwicklung auf der anderen Seite

an, wo das eine dem anderen nicht mehr gerecht wurde."

Dr. Hellwig: "Genau, das ist der Punkt, wo man wohl sagen muß, daß er die Gegenkräfte und die sich wieder formierenden Gegenkräfte nicht rechtzeitig und in ihrer tatsächlichen Stärke erkannte. Es ist auch nicht unerheblich zu sehen, daß er an einer Institution als ein Instrument dachte, aber nicht richtig übersah, daß dieses Instrument nicht autokratisch im luftleeren Raum tätig werden konnte, sondern in einer - heute würde man sagen - pluralistischen Ordnung mit anderen um die Macht ringenden Institution sich zusammenzuraufen hatte. Es ist nicht zufällig, daß er die Hohe Behörde zunächst als einziges Organ sah, daß er bestenfalls noch den Gerichtshof zwecks Nachprüfung - das war französische Tradition - gegenüber der Administration vorsah, das war das französische Modell. Total verkümmert waren seine Vorstellungen von der parlamentarischen Basis, die ja auch nur deswegen überhaupt hinzukam, weil bereits die parlamentarische Versammlung im Europarat als Plattform bestand und danach drängte - und das war einer der Hauptkonfliktpunkte bei OEEC, daß OEEC eine Angelegenheit der Regierungen ohne eine parlamentarische Basis war. Und die Beratende Versammlung des Europarats drängte danach, auch eine parlamentarische Kompetenz - so gering sie sein mochte - gegenüber der OEEC zu entwickeln. Das Vierte, die Vertretung der Mitgliedsländer, der Ministerrat, war in der Konzeption von Monnet überhaupt nicht vorgesehen."

Dr. Küsters: "Das meinte ich, daß er die politischen Kräfte..."

Dr. Hellwig: "Aber wenn ich den Ministerrat als die Repräsentation der existierenden Bürokratien der Mitgliedstaaten ansehe, dasselbe Problem wie in der deutschen Bundesrepublik - der Bundesrat ist keine parlamentarische Körperschaft, sondern die Vertretung von existenten Bürokratien der Länder -, dann sieht man genau, daß er die sich formierenden Gegenkräfte nicht richtig abzuschätzen verstand. Nun, die europäische Konzeption darüber hinaus, er war

Realist genug zu sehen, daß zwar dieser erste Schritt auf dem Felde von Kohle und Stahl notwendig war, und daß man die Ziele nicht weiterspannen durfte, daß aber, nachdem das in Gang gebracht war, auch die Probleme sich stellten, daß hier die Sektorintegration in einer Sackgasse landen könnte, wenn diesem Schritt nicht weitere Schritte folgten. Die weiteren Schritte EVG und EPG waren durchaus in seinem Sinne. Nachdem dieser Weg abgeschnitten war, mußten die weiteren Schritte auf einem anderen Feld gesucht werden."

Dr. Küsters: "Hat Monnet in dieser Phase das große Interesse, die nationale Souveränität beizubehalten, falsch eingeschätzt oder gar sich zu leicht darüber hinweggesetzt?"

Dr. Hellwig: "Das Problem der Souveränität ist von uns Deutschen immer stärker, systematischer gesehen worden. Für die Franzosen ist das eine völlig andere Tradition. Das Eigenartige ist ja, daß die Franzosen, historisch gesehen, den Begriff der Souveränität viel apodiktischer, zentralistischer gesehen haben als wir. Umgekehrt haben sie, wenn sie - wie etwa gegenüber der Hohen Behörde oder in der europäischen Agrarpolitik - Teilfunktionen vom nationalen Kompetenzbereich einem internationalen Gremium unter ihrer Mitwirkung natürlich abtraten, daraus nie eine solche Prinzipienfrage gemacht wie wir Deutschen. Wir Deutsche haben in den Kompetenzen der Hohen Behörde oder auch in der Rechtfertigung der gemeinsamen Agrarpolitik oder der europäischen Kartellkompetenz, EWG, immer eine Teilverwirklichung eines hehren Artikels im Grundgesetz der Bundesrepublik gesehen. Die Franzosen haben uns klar gesagt, 'daß wir hier in ad hoc Gremien die Kompetenz, die nicht dem französischen Gesetzgeber, sondern einer französischen Administration übertragen war, an eine andere Administration unter unserer Mitwirkung geben, hat mit einem Verzicht auf die Souveränität gar nichts zu tun.' Ich kenne aus französischen Schriften die Formulierung: 'Die Souveränität ist ganz und unteilbar, so wie der Punkt als geometrischer Ort unteilbar ist.' Sie sehen da immer wieder das Aneinandervorbeireden im Begriff der Souveräni-

tät und deswegen Souveränitätsverzichte usw. Damit kommen wir wieder zu einem der Hintergründe für das Versagen der EVG. EVG war Souveränitätsverzicht. Ich habe es damals oft dargestellt, auch bei der Kommentierung in der Beratenden Versammlung in Straßburg. Die Angst vor der Übertragung oder dem Verlust von Souveränität zugunsten eines europäischen Organs. Was ist denn in der Souveränität noch drin? Von Frankreich einmal abgesehen, die Landesverteidigung, die Außenpolitik, die Gewährung von Sicherheit usw., keines unserer Länder könnte aus eigener Kraft diese Ziele der Souveränität noch verwirklichen. Wo aber sich die nationale Souveränität heute austobt, das ist der Verteilungsprozeß, der Prozeß der Umverteilung. Und davon lebt heute die Hälfte der Staatsbürger. In diesen Souveränitätsbereich möchte keine die übergeordnete europäische Instanz hineinreden lassen, weil das auf die Einkommensverhältnisse, in die Lebensverhältnisse des Bürgers vor Ort unmittelbar durchschlägt. Deswegen der harte Kampf auf diesem Gebiete, wenn etwa Souveränitätsrechte an eine europäische Instanz abzugeben sind. Meine große Sorge - ich bringe diesen Satz jetzt aus dem Vortrag, den ich im vergangenen Winter in Augsburg gehalten habe -, daß man zwar von der Europäischen Kommission befürchtet, daß sie in diesem Umverteilungsprozeß nunmehr eine starke Rolle spielen, und man deswegen ihnen die Kompetenzen auf diesem Gebiete nicht gibt. Daß man sie aber sofort in Anspruch nimmt, wenn man die Saldierung der nationalen Extrawürste im Umverteilungsprozeß auf europäischer Ebene wünscht. D. h., daß ein Umverteilungsprozeß von Regierung zu Regierung nur noch oben stattfindet, ohne daß die europäische Instanz die Kompetenz hat, den Verteilungsprozeß auf der Primärebene, wo er eigentlich stattfindet, zu kontrollieren und zu koordinieren.

Aber zurück zu dem Begriff Souveränität. Ich glaube, daß man auch bei Jean Monnet die französische Tradition im Begriff der Souveränität sehen soll. Es ist ja auch im Grunde genommen der Montanvertrag kein Vertrag gewesen, in dem eine Gesetzgebungskompetenz der Hohen Behörde gegeben worden wäre, sondern nur die Ausführung eines

Vertrages. Der Vertrag war das Gesetz. Für alle anderen Dinge, die davon abweichen würden, waren die Regierungen wieder voll in ihrem Recht."

Dr. Küsters: "Wenn wir einen Schritt in der Entwicklung der fünfziger Jahre vorantun. Monnet schied zum Teil aus Resignation über das Scheitern der EVG am 30. August 1954 aus der Hohen Behörde und verlagerte seine Interessen vollends auf die neue Entwicklung - nämlich die friedliche Nutzung der Kernenergie - und versuchte 'sein Kind', die Euratomgemeinschaft, politisch durchzusetzen. Er hat es sehr geschickt verstanden, im Aktionskomitee überparteilich jene Kräfte zu vereinen, die seine Ziele unterstützten. Welchen Stellenwert würden Sie der Arbeit des Aktionskomitees in den fünfziger und sechziger Jahren beimessen?"

Dr. Hellwig: "Ich habe die Gründung des Aktionskomitees schon erlebt, da war ich noch gar nicht in der Hohen Behörde, ich war aber als Berichterstatter für diese Dinge in der Wirtschaftskommission der Beratenden Versammlung des Europarats unter dem Vorsitz von Per Federspiel eifrig tätig, und Mitberichterstatter war übrigens Roy Jenkins. Roy Jenkins für die Nichtmitglieder und ich für die Mitglieder, so haben wir also die Berichte damals, die Vorstufen über den Spaak-Bericht usw. gemacht. Die letzte Phase haben wir noch in der Wohnung von Roy Jenkins in London fertiggestellt. Ich stutzte zunächst bei der Gründung des Aktionskomitees etwas und hatte das Gefühl, hier erfolgte eine etwas einseitige Auswahl der großen Gruppen, denn das Patronat war nicht herangezogen, wohl aber die Gewerkschaften. Ich habe aber sehr schnell begriffen nach ersten Gesprächen, die wir in der Hohen Behörde und mit Monnet hatten. Als die Kohlenkrise zunahm, war uns völlig klar, daß Monnet völlig recht hatte, zu sagen: 'Das Patronat ist an der Integration der Märkte - wenn sie vernünftig sind - ohne weiteres interessiert und beteiligt. Die brauchen wir nicht zu mobilisieren. Wo wir aber Vorurteile abbauen müssen, das liegt insbesondere da, wo es sich um die Verteilungsfunktion der Staaten handelte, um die angebliche soziale Besserstellung des Arbeiters in dem

einen oder in dem anderen Lande, um die Fragen und die Problematik der Sozialharmonisierung usw.' Da sah er sehr wohl, daß es entscheidend darauf ankam, zu verhüten, daß die organisierte Arbeitnehmerschaft als die organisierte Massenbewegung antieuropäisch orientiert werde, als wir die ersten Probleme hinsichtlich der Grubenstillegungen, der Arbeitslosigkeit in Belgien, der Feierschichten usw. hatten. Wir haben damals den Artikel 37 des Montanvertrages angewandt, um eine Lösung zu finden, die wir im Vertrag nicht hatten. Und dann betrieben wir die Revision des Vertrages mit Artikel 56, und zwar erfolgreich betrieben. Ich habe damals immer formuliert, es kommt darauf an, zu verhüten, daß die belgischen Gewerkschaften auf die Straße gehen und sagen: 'Daß wir hier arbeitslos geworden sind, verdanken wir der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.' Es ist uns gelungen, das zu vermeiden, eine solche Frontstellung der Gewerkschaften gegen den Integrationsprozeß. Insofern habe ich nachträglich sehr wohl den Grundgedanken bei Jean Monnet verstanden, daß er die möglichen Lager des Widerstandes gegen den Integrationsprozeß rechtzeitig mit in die Verantwortung nahm."

Dr. Küsters: "Wobei es ihm mit Sicherheit in dieser Zeit gelungen ist, die großen Gegensätze, die zwischen den deutschen und westeuropäischen Sozialisten bestanden, anzunähern."

Dr. Hellwig: "Das ist zweifellos richtig. Ich erwähne aber, daß hier Adenauer, glaube ich, eine entscheidende Bedeutung zukommt, das rechtzeitig gesehen zu haben. Ihm war schon signalisiert worden, daß die Gewerkschaften den Schuman-Plan im Ganzen akzeptierten, wobei natürlich damals für die Gewerkschaften die Probleme waren,

- a) den Besitzstand an ihren Rechten zu erhalten, nämlich die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl,
- b) keine Präjudizierung der möglichen Nationalisierung,
- c) ein Anpassungsprozeß bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen, die den damals noch angeblich höheren französischen Bedingungen angepaßt werden sollten. So kam es zu Adenauers Angebot an die Gewerkschaften, einen Gewerk-

schaftsvertreter in die Hohe Behörde zu benennen als deutsches Mitglied. Deist hatte abgelehnt, und so wurde Potthoff berufen, der schon in der Internationalen Ruhrbehörde deutsches Mitglied war. Adenauer hatte sehr wohl richtig erkannt, daß auch die deutsche Zugehörigkeit zur internationalen Ruhrbehörde ohne einen Vertreter der Arbeiterschaft sinnlos gewesen wäre. Insofern hatte er der Arbeiterschaft nähergestanden, als die Parteiführung der SPD es zur damaligen Zeit war."

Dr. Küsters: "Wenn wir vielleicht noch einmal auf Ihre aktive Zeit in diesem Zusammenhang zu sprechen kommen: Welche Rolle würden Sie dem Aktionskomitee in der Phase 1959/1967 zumessen? Inwieweit hat das Aktionskomitee den Integrationsprozeß beeinflusst?"

Dr. Hellwig: "Es hat ihn beeinflusst einmal in der rechtzeitigen Weichenstellung aus dem Nebeneinander und damit zeitweiligen Gegeneinander der drei Gemeinschaften herauszukommen. Als ich 1959 nach Luxemburg ging, wurde ich in der ersten Pressebesprechung gefragt: 'Wie wird Ihr Verhältnis zu den beiden anderen Gemeinschaften sein?' Ich sagte: 'Sie können sicher sein, ich gehe nicht nach Luxemburg, um dieser Einrichtung, die eine Durchgangsstufe zu dem weiteren Integrationsprozeß ist, zu Ewigkeitswert zu verhelfen. Es kommt nur auf die richtige Abmessung der einzelnen Schritte an, aber auch, daß es in einem echten Zusammenführen geschieht.'

Was dann geschehen ist? Man hat sich auf die institutionelle Zusammenführung beschränkt. Ich habe immer dafür plädiert, und die Entwicklung der gemeinsamen Einrichtungen, Parlament, Gerichtshof, Gemeinsamen Dienste, dann die gemeinsame Energiegruppe (es war das erste Mal, daß wir auf einem gemeinsamen Felde versuchten, zusammenzuarbeiten), das lag alles in dieser Richtung. Was uns aber nicht gefiel war, daß es dann nicht weiterging. Hier ist zweifellos auch das Aktionskomitee nicht sehr viel weitergekommen. Ich meine damit die Fusionierung der drei Verträge. Die Handhabung von drei Verträgen, die auf benachbarten und zum Teil überlappenden Wirtschaftsgebieten

unterschiedliches, vertragliches Recht begründet hatten, erforderte eine Bereinigung. Da sind der Energiemarkt, die Fragen von Kartell- und Preisrecht im Sektor Kohle auf der einen Seite, Öl auf der anderen Seite, weiterhin das Wettbewerbsrecht und die Fragen der Eisenbahntarife, zum Beispiel hinsichtlich der Als-Ob-Tarife für die Saar bei den Entscheidungen der Hohen Behörde im Bereich Kohle und Stahl und bei den Entscheidungen der Kommission in Brüssel. Es waren eine ganze Reihe von konkreten Dingen, und wir hatten eine Menge von Vorarbeiten gemacht. Ich habe selbst einen sehr umfassenden Vortrag gehalten über das Wettbewerbsrecht der drei Verträge im Falle einer Fusionierung. In dem Moment, in dem die Ministerräte und die Kommissionen fusioniert waren, in dem Moment ist praktisch die Verschmelzung der Verträge ad acta gelegt worden. Die Vorarbeiten, die wir von der Hohen Behörde aus noch mitbrachten nach Brüssel, sind nachher in der Schublade verschwunden. Brüssel hatte noch ein Komitee innerhalb der Kommission, das mit Vorarbeiten für die Verschmelzung der Verträge beauftragt war, gebildet. Aber dann kamen die Anträge auf Aufnahme neuer Mitglieder, die Frage der Vorbereitung für die Verhandlungen, die Kontroverse mit Frankreich hinsichtlich der Frage: sollen die Verhandlungen eröffnet werden oder nicht?

Wir hatten im Herbst 1967 schon unseren Bericht vorgelegt über diese möglichen Verhandlungen; er blieb auf der Tagesordnung des Ministerrats. Aber in dieser Phase war es natürlich sinnlos, an eine Verschmelzung der Verträge zu gehen. Für die Dauer der Verhandlungen war eine Überarbeitung der Verträge nicht mehr möglich, und so kam es dann zu dem Monstrum, daß hier der Beitritt zu drei Gemeinschaften erfolgen mußte einschließlich des vierten Vertrages, nämlich die Fusion der Exekutiven. Insofern ist also die völlig unzulängliche vertragsrechtliche Situation zu erklären, die ja heute im Mittelpunkt der Verfassungsüberlegungen des Parlaments steht."

Dr. Küsters: "Wie waren aus Ihrer Zeit die Bemühungen Monnets einzuschätzen, Großbritannien in den Integrations-

prozeß einzubeziehen?"

Dr. Hellwig: "Jetzt meinen Sie den Integrationsprozeß ab 1967?"

Dr. Küsters: "Nein, nein, in der Zeit von 1959 - 1966."

Dr. Hellwig: "Durchaus positiv und direkt fordernd. Weil ich in der Hohen Behörde den Vorsitz der Arbeitsgruppe Kohle- und Stahlmarkt hatte, gehörte ich eigentlich ex officio dem Assoziationsrat mit den Engländern an."

Dr. Küsters: "Aufgrund des Abkommens von 1954?"

Dr. Hellwig: "Ja, und dieser Assoziationsrat war eine äußerst nützliche Einrichtung. Er beschränkte sich nicht nur auf die protokollarische Abhaltung der Sitzungen, sondern auch zwischendurch, zwischen seinen beiden Sitzungen, die er mal hüben mal drüben im Jahr hatte. Man traf sich in London oder bei uns in Luxemburg, man machte sich gegenseitig in persönlichen Gesprächen mit dem Stand der Probleme vertraut. Es war eine Situation, die erfreulich war und die es uns doch erlaubte, eine Reihe von Dingen weiterzuführen, an die man anfänglich noch gar nicht gedacht hatte. Ich denke hier an die Harmonisierung und schließlich die Vereinheitlichung der Eisen- und Stahlzölle. Die Montanunion war ja keine Zollunion. Wir haben doch erreicht, auch im Zusammenwirken mit den Engländern im Assoziationsrat, daß wir nicht nur zu der Harmonisierung der Eisen- und Stahlzölle, sondern schließlich zur Vereinheitlichung der Eisen- und Stahlzölle kamen, was die Voraussetzung dafür war, daß die Eisen- und Stahlzölle auch in der sogenannten Kennedyrunde im GATT mit verhandelt werden konnten."

Dr. Küsters: "Wenn man noch einmal auf diese Zeit insgesamt zurückblickt: Welche Rolle hat Monnet in der Zeit gespielt? Er war ja bekannt mit allen Regierungschefs; er hat zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Adenauer und de Gaulle zu vermitteln versucht. Hätte Monnet nicht als Präsident der Hohen Behörde wirksamer tätig werden können als ausgerechnet als Vorsitzender des Aktionskomitees, das keine politische Macht besaß?"

Dr. Hellwig: "Ja und nein. Natürlich war das Komitee Monnet keine institutionalisierte Macht. Aber es hatte eine Einflußmöglichkeit durch die moralische Kraft, die von ihm ausging und auch durch die Verpflichtung, die doch die politischen Repräsentanten, die in ihm mitgewirkt hatten, verspürten, wenn sie in der praktischen Politik vor diesen Fragen standen. Sie konnten zumindest keine gegenteilige öffentliche Position mehr einnehmen. Das nur nebenher. Der Präsident der EGKS, insbesondere nachdem die jüngeren Gemeinschaften da waren, war nur noch einer von dreien, und es wäre da sofort das Problem des primus inter pares gewesen. Jean Monnet, daneben Hallstein und vielleicht ein Belgier oder ein Italiener als Präsident von Euratom? Natürlich, man hätte die Anciennität von Jean Monnet anerkannt, aber ich glaube doch, daß in der beginnenden Kohlenkrise mit allen Problemen, die dahinter waren, eine Front gegenüber den in ihrer sozialen Kompetenz betroffenen Mitgliedsregierungen aufgerissen war, die auch Jean Monnet als Präsident der Hohen Behörde in unerwartetem Ausmaß beschäftigt, vielleicht auch belastet hätte, so daß er in gewissem Sinne neutralisiert gewesen wäre."

Dr. Küsters: "Sehr interessant, diese Einschätzung. Eine abschließende Frage: Wäre auch heute noch ein Aktionskomitee sinnvoll, um den Integrationsprozeß zu beschleunigen?"

Dr. Hellwig: "Ja, da es heute an der Gesprächsebene fehlt und auch an dem Ambiente, an der rein atmosphärischen Gelegenheit, diese Dinge zu behandeln, und zwar losgelöst von der Agenda des Ministerrats mit dem Zugang der einzelnen Termine. Man kann nicht gleichzeitig über die politische Weiterentwicklung reden, wenn das Problem des Butterpreises ungelöst daneben steht."

Aber nun zu der Einschätzung des Ganzen, auch zu dem Thema de Gaulle, und damit kommen wir doch zu der letzten Sache: Jean Monnet und de Gaulle. Ich glaube, daß er auch gegenüber de Gaulle eben dieses 'shortcoming' hatte, daß

er das Instrument, das unter und hinter de Gaulle die französische Bürokratie darstellte, nicht mehr richtig einschätzte. Man muß ja von vielen nationalen und persönlichen Ansprüchen, Eitelkeiten usw. menschlichen Schwächen mal abstrahieren. Dann stand aber doch dahinter auch eine Bereitschaft der französischen Administration, angeführt von de Gaulle, diesen Prozeß weiterzuentwickeln; sonst würde die französische Frankensanierung, die Agrarpolitik und viele andere Dinge mehr, würden nicht richtig historisch einzubetten sein. Einer, der auch de Gaulle und auch nun allerdings die Bereitschaft von de Gaulle auf diesem Gebiete falsch einschätzte, war natürlich auch Hallstein. Die berühmte Krise von 1965 ist ja wohl auch die Folge einer Fehleinschätzung der de Gaulleschen Denkweise gewesen."

Dr. Küsters: "Herr Dr. Hellwig, ich möchte mich im Namen der Fondation Jean Monnet recht herzlich für dieses Gespräch bedanken."